



## Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 04.10.2013

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 26.09.2013, 16:00 Uhr bis 18:05 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem	CDU	in Vertretung für sB Frau Anne Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU),
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	in Vertretung für Frau Kirsten Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
Frau Sylvia Laufenberg	FDP	in Vertretung für sB Frau Yvonne Gebauer

#### Sachkundige Bürgerin

Frau Ulrike Kessing GRÜNE

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Klaus Zimmermann auf Vorschlag der CDU

Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Claudia Klein	auf Vorschlag der FDP	
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln	bis 16;50 Uhr
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken	

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Coban	Integrationsrat

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Frau Anna Gazel Ugurlu

### **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

### **Sachkundige Bürgerinnen**

Frau Anne Hauser	CDU
Frau Yvonne Gebauer	FDP

### **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Angelika Link-Wilden	auf Vorschlag der Linken
---------------------------	--------------------------

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD

Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Frau Katrin Gutknecht	auf Vorschlag der FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Ekrem Ceylan	Integrationsrat

### **Für die Katholische Kirche**

Frau Christiane Mauritz

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** sowie ein **Farbprospekt** für den Vortrag von Herrn Kobold (TOP 0.1) ausgelegt wurde.

### **Zur Tagesordnung**

Frau Manderla schlägt vor, die Vorstellung von Herrn Dr. Fischer und die Verabschiedung von Herrn Kobold (TOP 5.7) an den Anfang der Sitzung vorzuziehen und mit TOP 0.1 zu verbinden.

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

- Die Anfragen unter TOP 2.1.8, sowie die neue Anfrage unter TOP 2.2.1 (die Beantwortung dazu liegt als **Tischvorlage** vor),
- die Vorlage unter TOP 4.4 bis 4.6, sowie
- die Mitteilungen unter TOP 5.11 bis TOP 5.13 (die Letztgenannte als **Tischvorlage**).

Die Vorlage 1584/2013 unter TOP 11.1 wurde beim Versand irrtümlich als TOP 9.1 ausgezeichnet.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, gratuliert Frau Manderla zur Wahl in den Deutschen Bundestag und wünscht ihr viel Erfolg.

Auch Frau Dr. Klein beglückwünscht Frau Manderla zum Mandat im Bundestag und überreicht ihr einen Blumenstrauß verbunden mit den besten Wünschen der Verwaltung für eine erfolgreiche Arbeit.

Frau Manderla bedankt sich für die Unterstützung aus der Politik und von der Verwaltung.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 0.1 Kooperation der Rheinischen Musikschule mit 4 Kölner Schulen - Präsentation von Herrn Kobold

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

##### 2.1 Frühere Anfragen

- 2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0597/2013, Befristete Arbeitsverträge bei Lehrkräften/Pädagogen  
2261/2013
- 2.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage "Seiteneinsteiger in Köln"  
2238/2013
- 2.1.3 Mündliche Anfrage von Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 15.04.2013 zum Teilstandort der Gesamtschule Chorweiler am Holzheimer Weg  
2536/2013
- 2.1.4 Mündliche Anfrage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, aus der Sitzung vom 01.07.2013 "Bedingungen für die Neugründung einer Schule"  
2783/2013
- 2.1.5 Schulsupport von NetCologne  
2898/2013
- 2.1.6 Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 01.07.2013  
2873/2013
- 2.1.7 Internetleitungen im Kölner Süden  
2915/2013
- 2.1.8 Erweiterungsbau für das Dreikönigsgymnasium Escher Straße 247 in Nippes  
2936/2013
- ##### 2.2 Neue Anfragen
- 2.2.1 Situation des offenen und gebundenen Ganztagsangebots an Kölner Schulen  
AN/1102/2013

Situation des offenen und gebundenen Ganztagsangebots an Kölner Schulen  
3212/2013

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Einrichtung von Klassenräumen und Verwaltungsräumen in der neuen  
GGs Mommsenstr 5-11, 50935 Köln-Sülz  
1162/2013

4.2 Zügigkeitserhöhung der Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch, Köln  
Höhenhaus und Bildung eines Teilstandortes am Dellbrücker Mausepfad zum  
Schuljahr 2015/16  
1864/2013

4.3 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die  
Rheinische Musikschule  
1997/2013

4.4 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in  
Gemeinschaftsgrundschulen  
2797/2013

4.5 Übertragung der Entscheidung über die Zahl der Eingangsklassen und der  
Aufnahmekapazitäten der Grundschulen auf den Ausschuss Schule und  
Weiterbildung  
3051/2013

4.6 Erweiterungsbau für das Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87,  
50823 Köln-Ehrenfeld  
Gesamtbaumaßnahme Mensa, Ganztags, zusätzliche Klassen für SEK I + II  
sowie 1-Feld- Turnhalle  
Baubeschluss  
2195/2013/2

**5 Mitteilungen**

5.1 Auszeichnung beispielhafter Schulbauten in Nordrhein-Westfalen -  
Schulbaupreis  
2424/2013

5.2 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013  
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung  
Erste Ergebnisse  
2305/2013

- 5.3 Änderung der Rechtsform des "Katholische Jugendwerke Köln e.V."  
2538/2013
- 5.4 "Inklusion in der Jugendförderung" - Modell-Projekt-konzeption im Rahmen des  
Kinder- und Jugendförderplans NRW, Pos. 3.2.2  
2645/2013
- 5.5 Titelverleihung "NRW-Sportschule" zum Schuljahr 2014/2015  
2682/2013
- 5.6 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren  
2907/2013
- 5.7 Neue Leitung der Rheinischen Musikschule  
2995/2013
- 5.8 Modellprojekt für Migrantinnen und Migranten: Ankommen in Alltag und Beruf  
2937/2013
- 5.9 Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes in 2012  
0077/2013
- 5.10 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum  
I. Halbjahr 2013  
2343/2013
- 5.11 Qualitätstestierung des Amtes für Weiterbildung  
3022/2013
- 5.12 Festbetragszuschuss für das Jahr 2014 an den Verein zur Förderung  
abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ e.V.) als  
Träger der Tages- und Abendschule  
3136/2013
- 5.13 Priorisierung von Schulbaumaßnahmen (Neu-, Erweiterungs- und  
Sportbauten)  
3082/2013

**6 Anfragen**

**7 Verschiedenes**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Gleichstellungsrelevante Themen**

**9 Mitteilungen**

**10 Personalien**

10.1 Bestellung einer Stelle Rektor/in der Celestin-Freinet-Schule,  
GGs Dagobertstraße, Köln-Innenstadt  
2379/2013

10.2 Bestellung einer Schulleitung an der Realschule Lassallestraße in  
Köln-Mülheim  
2446/2013

10.3 Bestellung der Stelle Schulleiter/in der Gemeinschaftsgrundschule  
Wendelinstr., in Köln Müngersdorf  
2423/2013

10.4 Bestellung einer Schulleitung an dem Erich-Gutenberg-Berufskolleg in  
Köln-Mülheim  
2514/2013

10.5 Bestellung der Stelle Schulleiter/in der Gemeinschaftsgrundschule  
Mommsenstraße, Köln-Sülz  
2547/2013

10.6 Bestellung einer Schulleitung an der Erich-Ohser-Schule,  
Gemeinschaftsgrundschule Schulstraße, in Köln-Pesch  
2633/2013

**11 Vorlagen**

11.1 Prüfbericht Vermietung von Schulräumen zu nichtschulischen Zwecken  
durch 40 - Amt für Schulentwicklung und 02 - Bürgerämter (Innenstadt und  
Chorweiler)  
1584/2013

**12 Anfragen**

**13 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **0.1 Kooperation der Rheinischen Musikschule mit 4 Kölner Schulen - Präsentation von Herrn Kobold**

Frau Dr. Klein erklärt vorab, dass es sich um die letzte Schulausschuss-Sitzung von Herrn Kobold als Leiter der Rheinischen Musikschule handelt, der am 31.10.2013 in den Ruhestand tritt. Sie bedankt sich bei ihm für 17 erfolgreiche Jahre als Leiter dieser renommierten größten Musikschule der Bundesrepublik. Sie erinnert daran, dass unter seiner Leitung die Schülerzahlen nahezu verdoppelt werden konnten. Dies wurde erreicht durch den Aufbau von Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten. Dabei ragen vor allem das Humboldt-Gymnasium und das Gymnasium in Porz heraus, aber wie der angekündigte Vortrag zeigen wird, sind auch Kooperationen mit Grundschulen und Kitas dazu geeignet, Kinder schon früh für das Musizieren zu begeistern. Frau Dr. Klein würdigt daneben die studienvorbereitende Ausbildung angehender Musikstudenten an der Musikhochschule durch Herrn Kobold, die Gründung eines Kuratoriums und der Stiftung Rheinische Musikschule. Auch an seine Mitgliedschaft im Bundesvorstand Deutscher Musikschulen und im Landesverband erinnert sie. Sie bedankt sich für die Arbeit und bedauert, dass es nicht mehr gelungen ist, ein neues Domizil für die Rheinische Musikschule zu finden.

In diesem Zusammenhang begrüßt sie ganz herzlich Herrn Dr. Fischer, der zum 01.11.2013 seinen Dienst als neuer Leiter der Rheinischen Musikschule antritt und kündigt an, dass neben der inhaltlichen Arbeit vordringlich als eines der ersten Projekte ansteht, eine neue Möglichkeit zur Unterbringung der Rheinischen Musikschule zu finden. Sie freut sich auf die Zusammenarbeit.

Frau Manderla schließt sich den Worten von Frau Dr. Klein an und bedankt sich bei Herrn Kobold für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit, sein Engagement und seine Projekte. Im Namen des Ausschusses wünscht sie ihm für die Zukunft alles Gute und überreicht ihm zum Dank einen Blumenstrauß. Auch seinem Nachfolger wünscht sie im Namen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung viel Erfolg und Glück bei der Arbeit und überreicht ihm ebenfalls einen Blumenstrauß.

Herr Dr. Fischer bedankt sich herzlich und erklärt, dass er sich auf die neue Aufgabe besonders freut.

Auch Herr Kobold ist berührt von der freundlichen Verabschiedung und bedankt sich bei den Fraktionen für die erfolgreiche Zusammenarbeit und wünscht seinem Nachfolger viel Glück bei der Zusammenarbeit mit den 350 Musikschullehrer/innen und über 9.500 Schüler/innen. Im Anschluss stellt er das Projekt „Grundschulen mit Schwerpunkt Musik“ vor, für das unter der fachlichen Leitung von Frau Sylvia Gärtner in einem Kooperationsvertrag zunächst gemeinsame Ziele festgelegt wurden. Entsprechende Kooperationen gibt es auch mit KiTas, Realschulen, Gesamtschulen und mit den beiden Musikgymnasien. Dies war nicht zuletzt dadurch möglich, dass die bisherigen Gesamtkosten von 35.000.- € durch Spenden aus der Bürgerschaft finanziert wurden. Zur Darstellung, wie dieses Projekt in den beteiligten Schulen aufgenommen wird, lässt er die Schulleitungen der 4 beteiligten Grundschulen zu Worte kommen:

Frau Hartmann ist Leiterin der James-Krüss-Grundschule Zehnthofstraße in Ostheim und hält es für besonders wichtig, Musik an die Schule zu holen, weil dadurch besonders arme und bildungsferne Familien über die Musik und gemeinsames Musizieren



ein Gemeinschaftserlebnis bekommen, das stärkt und die Sprache vieler zweisprachig aufwachsender Kinder fördert. Sie versteht die 3 an ihrer Schule eingesetzten Musikschullehrer/innen als festen und integrierten Teil des Kollegiums.

Frau Clasing leitet die Friedrich-List-Schule in der Breitenbachstraße und ist begeistert, dass als Ergebnis Jahr für Jahr ein Musical als ein gemeinsames Produkt entsteht, das bei den Eltern gut ankommt. Viele lernen dabei die Rheinische Musikhochschule, wo das Musical aufgeführt wird, erstmals kennen.

Frau Ehrnguber, Schulleitung der GGS Alzeyer Straße, erfreut die schnelle Umsetzung des Projektes, das von den Eltern bewusst wahrgenommen wird und sich für die Schule als Standortvorteil erweist. Die teilnehmenden Schüler/innen werden dabei in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt.

Auch Herr Eckey als Leiter der GGS Hauptstraße in Porz-Mitte lobt die Nachhaltigkeit des Projektes, das sich als Unterstützung anderer Maßnahmen des Schullebens erweist und allen Beteiligten große Freude bereitet. Er bedankt sich bei den Profis aus der Rheinischen Musikschule für das besondere Engagement.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dankt für seine Fraktion Herrn Kobold für seine Arbeit und wünscht ihm einen unruhigen Ruhestand. Von seinem Nachfolger wünscht er sich die Verdoppelung der Kooperationsverträge mit Schulen im Laufe seiner Amtszeit.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Frühere Anfragen**

##### **2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0597/2013, Befristete Arbeitsverträge bei Lehrkräften/Pädagogen 2261/2013**

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung und hofft, dass man nur aus Versehen vergessen hat, die Fragen mit Hinweis auf ihre Fraktion nochmals aufzulisten. Sie hat eine Nachfrage zum letzten Absatz, in welchem von einem Verlängerungsvertrag gesprochen wird, der die Feriendauer mit einbezieht und diese rückwirkend berücksichtigt. Sie möchte wissen, wie diejenigen Lehrkörper behandelt werden, die sich bei der ARGE bereits für die Sommerferien gemeldet haben, da sich eine Diskrepanz ergibt, wenn rückwirkend neue Verträge abgeschlossen werden. Hierzu bittet sie um Stellungnahme.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es grundsätzlich üblich ist, die Fragen in einer Beantwortung zu wiederholen, und dass dies hier irrtümlich vergessen wurde und bittet dies zu entschuldigen. Die schriftliche Beantwortung der Nachfrage sagt sie zu.

### **2.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage "Seiteneinsteiger in Köln"**

**2238/2013**

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, möchte zu Absatz 2 bei Frage 2 wissen, welche Grundschulen und welche Stadtteile davon besonders betroffen sind.

Frau Dr. Klein antwortet, dass hier insbesondere die Grundschulen im Rechtsrheinischen (Kalk, Deutz) betroffen sind.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **2.1.3 Mündliche Anfrage von Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 15.04.2013 zum Teilstandort der Gesamtschule Chorweiler am Holzheimer Weg 2536/2013**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, hält die Antwort im Hinblick auf die Vorstellung der neuen Rektorin der Grundschule in Pesch, die von einer Kooperation mit dem anliegenden Gymnasium dort gesprochen hat, für unbefriedigend. Sie möchte wissen, ob man mit der Beantwortung unter Punkt 2 eine potentielle Erweiterungsfläche in der Gutnickstraße in Roggendorf-Thenhoven für eine Grundschule oder für eine weiterführende Schule sucht.

Herr Pfeuffer erklärt dazu, dass man mit der Antwort zu 2 einerseits darauf hinweisen wollte, dass man in Köln mit stark steigenden Schülerzahlen rechnet, dass voraussichtlich aber der Stadtbezirk Chorweiler davon ausgenommen sein wird und konstant bleibende Schülerzahlen aufweist. Deshalb besteht an dieser Stelle kein Bedarf für neue Schulräume, sondern die bestehenden Schulstandorte sollten optimal genutzt werden und in diesem Neubaugebiet ist ausnahmsweise im Grundschulbereich Handlungsbedarf.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **2.1.4 Mündliche Anfrage von Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, aus der Sitzung vom 01.07.2013 "Bedingungen für die Neugründung einer Schule" 2783/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **2.1.5 Schulsupport von NetCologne 2898/2013**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bemerkt anerkennend, dass sich im Bereich des Schulsupports ein Qualitätssprung ergeben hat. Die Arbeit mit NetCologne funktioniert soweit es ihm bekannt ist sehr gut. Er kann aber nicht verstehen, warum bei Neueinrichtungen von Schulen mit der Inbetriebnahme von wireless-Anlagen alle Kosten von der Stadt Köln getragen werden bis auf die Anbringung der Antennen, welche die Schulen selbst beauftragen und bezahlen müssen. Der Haus-

meister kann dies nicht selbst ausführen, da er eine Leiter nur bis zu 5 Tritten besteigen darf. Auch wundert er sich darüber, dass das Amt für Schulentwicklung einen Sponsoringvertrag mit Netcologne abgeschlossen hat, und danach die Zustimmung der Schulkonferenz einholt. Er fragt nach, ob zukünftig Schulen, deren Schulleitungen und Schulkonferenzen den Sponsoringvertrag mit Netcologne ablehnen, vom Schulsupport ausgeschlossen werden.

Frau Heuer bestätigt, dass es eine entsprechende Anfrage der Kölner Direktorenkonferenz gibt und stellt dazu klar, dass hier eine Reihe von Missverständnissen vorliegen. Zunächst wurde ein Sponsoringvertrag nicht mit Netcologne, sondern mit dem Verein Neue Medien (der zu Netcologne gehört) geschlossen, der eine Plakette an die Schulen anbringen darf, um auf dieses Sponsoring hinzuweisen. Das Schulgesetz des Landes Nordrhein Westfalen sieht vor, dass in Fällen, in welchen eine Plakette über Sponsoring am Schulgebäude angebracht wird, die Schulkonferenz zustimmen muss. Es stimmt nicht, dass eine Schule, welche dem Sponsoring durch den Verein Neue Medien nicht zustimmt, keinen Support mehr von der Firma Netcologne erhält. Der Schul-Support ist vertraglich geregelt und wird von der Schulverwaltung bezahlt. Er hat mit dem Sponsoring nichts zu tun.

Auch bei der immer wieder vorgebrachten Behauptung, dass Hausmeister nur 5 Tritte einer Leiter besteigen dürfen, handele es sich um eine hartnäckige Legende ohne rechtliche Grundlage. Was ein Hausmeister im Rahmen seines Dienstverhältnisses zu tun hat, wurde mittlerweile hinreichend im Internet dargestellt und gilt. Dass Folgeaufträge der Anschlüsse von wireless-Anlagen extra beauftragt werden müssen, liegt vermutlich daran, dass diese Arbeiten von dem Auftrag an die Firma Netcologne nicht mit umfasst sind. Hier muss geklärt und nachgereicht werden, wie das korrekte Vorgehen angedacht ist.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bemerkt, dass der Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit dem Schulsupport mit der Verwendung von Hard- und Software in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich immer mehr Ansprechpartner. Er regt an, zentralere Systeme zur Vereinheitlichung der Standardaufgaben in diesem Bereich zu schaffen.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

#### **2.1.6 Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 01.07.2013 2873/2013**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

#### **2.1.7 Internetleitungen im Kölner Süden 2915/2013**

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme und geht davon aus, dass sich die Verwaltung bemühen wird, dass die gleichmäßige Anbindung aller Schulen an die neuen Medien gewährleistet wird.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **2.1.8 Erweiterungsbau für das Dreikönigsgymnasium Escher Straße 247 in Nippes 2936/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, sieht es nicht als problematisch an, dass das Dreikönigsgymnasium auf eine Mensa verzichten muss, da in erreichbarer Nähe eine andere Mensa existiert. Vor dem Hintergrund, dass nun der Kiosk ausgebaut werden soll, gleichzeitig aber eine Verpflichtung besteht, ein gesundes Essen anzubieten, fragt er an, ob es eine Einwirkungsmöglichkeit der Stadt auf den Kioskbetreiber hinsichtlich eines gesunden Warenangebotes gibt.

Frau Heuer antwortet, dass Kioske in der Eigenverantwortung der Betreiber liegen (sie werden in den meisten Fällen vom Hausmeister betrieben) und eine Einflussnahme nur im gegenseitigen Einverständnis über die Schulkonferenz möglich ist.

Herrn Dr. Heinen, SPD-Fraktion, erschließen sich die von der Schule in der Zeitung genannten Hinderungsgründe für eine Nutzung benachbarter Mensen nicht, weil sich für alle Lösungen überlegen ließen. So könne man z.B. über eine elektronische Übermittlung der Speisepläne und Ausweitung der Pausenzeiten nachdenken. Er fragt nach, ob die Lösungen in die Zuständigkeit der Schule fallen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass die erwähnten Lösungsmöglichkeiten im eigenen Gestaltungsrecht der Schule liegen und vermutet, dass man keine Änderung möchte.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt, dass auch der Einwand, dass es versicherungsrechtliche Gründe gäbe, dass die Schüler/innen das Schulgebäude nicht verlassen dürfen, um zur Mensa zu gehen, rechtlich nicht zutrifft. Eine Begleitung wird versicherungsrechtlich nicht verlangt. Schüler/innen dürfen zum Essen das Schulgebäude verlassen.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

## **2.2 Neue Anfragen**

### **2.2.1 Situation des offenen und gebundenen Ganztagsangebots an Kölner Schulen AN/1102/2013**

#### **Situation des offenen und gebundenen Ganztagsangebots an Kölner Schulen 3212/2013**

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die Antwort, widerspricht aber dem darin erweckten Anschein, dass in diesem Bereich alles in bester Ordnung sei. Die Verwaltung müsse die zahlreichen bestehenden Probleme ehrlich zugeben, sie beim Namen nennen und Lösungsvorschläge entwickeln oder zugeben, dass dazu zu wenige Ressourcen vorhanden sind. Das gelte insbesondere in Bezug auf Frage 2, die Bezug nimmt auf die Kölner Erklärung „Qualität hat ihren Preis“. Auf deren Zielvorgabe geht die Verwaltung in ihrer Beantwortung nicht ein. Zu dem erwähnten Fortbildungsprogramm möchte er wissen, in welcher Form dieses besteht, ob es bereits

praktiziert wird und für welche Teilnehmer/innen es unter welchen Modalitäten vorgesehen ist.

Frau Dr. Klein räumt ein, dass es zum Thema Ganztage an den Schulen viele Probleme gibt. Das drängendste Problem seien dabei insbesondere an den weiterführenden Schulen die Bauprogramme. Hier führen Kostensteigerungen regelmäßig zu neuen Beschlusslagen, die dann weitere Verzögerungen verursachen. Die an den Schulen errichteten Provisorien sind regelmäßig nur auf die Dauer der geplanten Bauzeit ausgerichtet. Insgesamt liegt Köln mit seinem Platzangebot für 70% im Grundschulbereich und 63% im weiterführenden Bereich landesweit an der Spitze, sodass man festhalten muss, dass man sich in einem Prozess auf einem guten Weg befindet.

Frau Gorklo-Blameuser ergänzt, dass Fortbildungsangebote vom Amt für Schulentwicklung nur in einem geringen Rahmen mit Fördermitteln der Bezirksregierung vom Landesinstitut zur Ganztagsentwicklung durchgeführt werden können. Entsprechende Gelder wurden jährlich abgerufen und für entsprechende Maßnahmen bereitgestellt. Daneben gibt es eine breit angelegte, aus europäischen Fördermitteln finanzierte Maßnahme des Amtes für Weiterbildung, die sich gezielt an die Mitarbeiter/innen und Koordinator/innen des offenen Ganztages richtet.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

##### **4.1 Einrichtung von Klassenräumen und Verwaltungsräumen in der neuen GGS Mommsenstr 5-11, 50935 Köln-Sülz 1162/2013**

##### **Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung der neuen 2-zügigen Grundschule Mommsenstr. 5-11, 50935 Köln-Sülz, in Höhe von 168.500 €. Die Beschaffung erfolgt im Rahmen des § 82 GO NRW (Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung).

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

##### **4.2 Zügigkeitserhöhung der Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch, Köln Höhenhaus und Bildung eines Teilstandortes am Dellbrücker Mausepfad zum Schuljahr 2015/16 1864/2013**

Frau Manderla weist zunächst auf die einzelnen unterschiedlichen Beschlüsse der vorangegangenen Gremien hin und zählt die daraus resultierenden Entscheidungsalternativen auf.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass der Ausschuss Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung vom 01.07.2013 eine in Punkt 2 geänderte Fassung der Verwaltungsvorlage beschlossen hat unter der Maßgabe, dass die Bezirksregierung eine vertikale Lösung für den Schulstandort Dellbrück wie Höhenhaus in der Sekundarstufe I genehmigt. Da diese Genehmigung mittlerweile vorliegt, können bei Punkt 2 im zweiten Absatz nun der erste und der dritte Satz entfallen. Seine Fraktion möchte nach Streichung dieser beiden Sätze den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss in der vom Schulausschuss am 01.07.2013 geänderten Fassung beschließen.

Dem schließt sich Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, für seine Fraktion an.

Auch Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, verweist auf die Diskussionen in der Sitzung des Schulausschusses vom 01.07.2013. Seine Fraktion hält weder die ursprüngliche von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage, noch die auf Grund eines rot-grünen Änderungsbeschlusses gefasste Vorlage für ausreichend. Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass Dellbrück eine eigene inklusive Gesamtschule braucht und lehnt damit alle diskutierten Varianten ab. Die Lösung einer vertikalen Teilung reiche für sich genommen nicht aus.

Frau Laufenberg erklärt für die FDP-Fraktion, dass auch diese bei ihrem Standpunkt bleibe und die Vorlage –wie von Frau Gebauer in der letzten Sitzung ausführlich dargelegt- ablehnen werde.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass er mit Nachdruck den Standpunkt von Herrn Dr. Schlieben unterstütze.

### **Geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bleibt bei seiner in Punkt 2 geänderten Fassung, streicht davon aber 2 Sätze, die sich mittlerweile erledigt haben und empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„1. Der Rat beschließt hierzu gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die Willy-Brandt-Gesamtschule, Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln Höhenhaus, um 2 Züge in der Sekundarstufe I und 1 Zug in der Sekundarstufe II auf zukünftig 8 Züge Sekundarstufe I und 5 Züge Sekundarstufe II nach gesicherter Finanzierung zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2015/16 umgesetzt werden.

2. Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW weiterhin, dass die Willy-Brandt-Gesamtschule in vertikaler Teilung ab dem Schuljahr 2015/2016 an den Teilstandorten Im Weidenbruch 214 und Dellbrücker Mauspfad 198-200, 51106 Köln-Dellbrück geführt werden soll.

~~Der Rat beauftragt die Verwaltung, umgehend mit der Bezirksregierung Gespräche zu führen und für die angestrebte Gesamtschullösung Höhenhaus/Dellbrück eine mögliche Ausnahmegenehmigung für die „vertikale“ Gliederung der Jahrgangsklassen zu beantragen. Bei der „vertikalen“ Aufteilung können Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsklassen 5-10 an beiden Standorten unterrichtet werden. Das Ergebnis wird dem Schulausschuss noch in der aktuellen Beratungsfolge am 26.09.13 und vor Beschlussfassung durch den Rat am 01.10.2013 vorgelegt.~~

3. Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirksregierung Köln zu den Beschlusspunkten 2 und 3, sowohl die Realschule Dellbrücker Mauspfad, als auch die Heinrich-Schieffer-Hauptschule, Hauptschule Dellbrücker Mauspfad, ab dem 31.07.2014 auslaufend zu schließen. Ab dem Schuljahr 2014/15 werden weder an der Haupt- noch an der Realschule Dellbrücker Mauspfad neue Eingangsklassen gebildet.

4. Der Rat der Stadt Köln begrüßt ausdrücklich, dass die Willy-Brandt-Gesamtschule zukünftig die inklusive, pädagogische Arbeit noch weiter intensivieren möchte.

5. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gem. § 81 Abs. 3 SchulG NRW zur Genehmigung der Beschlusspunkte 2. bis 4. zu stellen.

6. Der Rat beschließt, dass die in der Realschule Dellbrücker Mauspfad im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes befristet bis zum 31.12.2013 eingerichtete kommunale Stelle Schulsozialarbeit ab Schuljahr 2014/15 am Teilstandort Frankstraße der neuen Gesamtschule Innenstadt eingesetzt wird, wenn eine Finanzierung durch den Bund auch über die bislang gültige Befristung bis zum 31.12.2013 hinaus erreicht werden kann.

7. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

**4.3 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule 1997/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, die 4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu beschließen (Anlage1).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen 2797/2013**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt gem. § 81 Nr. 2 Schulgesetz NRW die Umwandlung der beiden städtischen katholischen Grundschulen

1. Katholische Grundschule Sankt-Nikolaus-Schule, Bernkasteler Str. 9 in 50969 Köln
2. Katholische Grundschule Stephan-Lochner-Schule, Lochnerstr. 13-15 in 50674 Köln

in Gemeinschaftsgrundschulen ab dem Schuljahr 2013/2014.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Übertragung der Entscheidung über die Zahl der Eingangsklassen und der Aufnahmekapazitäten der Grundschulen auf den Ausschuss Schule und Weiterbildung  
3051/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt nach dem Sinn der Regelung und vermutet, dass die Landesregierung verhindern möchte, dass in kleinen Gemeinden zu kleine Klassen gebildet werden.

Frau Dr. Klein verweist auf die Mitteilung hierzu in der letzten Sitzung vor den Sommerferien. Die Landesregierung möchte die kleinen Schulen auf dem Lande erhalten. Die Regelung gilt aber für das gesamte Land Nordrhein Westfalen. Normalerweise müsste der Rat diese Fragen entscheiden, aber mit dieser Vorlage delegiert er formal seine Zuständigkeit auf den Ausschuss Schule und Weiterbildung. Inhaltlich wird die Zügigkeitsfestlegung dann Anfang des nächsten Jahres durchgeführt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt gem. § 41 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW, die Entscheidung über die Zahl der Eingangsklassen der Grundschulen und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen auf der Grundlage der kommunalen Klassenrichtzahl gem. 8 Schulrechtsänderungsgesetz auf den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu übertragen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.



**4.6 Erweiterungsbau für das Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostraße 87, 50823 Köln-Ehrenfeld  
Gesamtbaumaßnahme Mensa, Ganztags, zusätzliche Klassen für SEK I + II sowie 1-Feld- Turnhalle  
Baubeschluss  
2195/2013/2**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Erweiterungsbau des Albertus-Magnus-Gymnasiums, Ottostraße 87, 50823 Köln Ehrenfeld nach **Passivhaus-Standard** mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) i. H. v. brutto ca. 12.791.900 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i. H. v. 1.296.500 € sind ab 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5 Mitteilungen**

**5.1 Auszeichnung beispielhafter Schulbauten in Nordrhein-Westfalen - Schulbaupreis 2424/2013**

Herr Kaven ist stolz darauf, dass wie bereits im Jahre 2008 auch in diesem Jahr wieder mehrere –diesmal insgesamt 4- Schulbaupreise an die Stadt Köln vergeben wurden, wobei in einem Fall in Düsseldorf eine eigene Architektin der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln von der Schulministerin ausgezeichnet wurde.

Frau Manderla bittet Herrn Kaven, im Namen der Ausschussmitglieder der eigenen Architektin herzliche Glückwünsche auszurichten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Peter-Petersen-Schule schon längere Zeit nicht mehr so heißt und bittet darum, die Listen der Verwaltung entsprechend zu korrigieren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Kölner Statistische Nachrichten 2/2013  
Zensus 2011 - Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung  
Erste Ergebnisse  
2305/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist entsetzt darüber, dass nach den Unterlagen 30% der Kinder mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss besitzen und sieht darin ein großes soziales Problem.

Herr Pfeuffer erklärt, dass in dieser Erhebung wohl auf die Schulabschlüsse der kompletten Kölner Bevölkerung Bezug genommen wird, also inklusive der älteren Mitbürger/innen. In diesem Zusammenhang kann man damit rechnen, dass viele ältere Mitbürger/innen mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss haben und dadurch die Gesamtzahlen erheblich beeinflussen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Änderung der Rechtsform des "Katholische Jugendwerke Köln e.V."  
2538/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 "Inklusion in der Jugendförderung" - Modell-Projektkonzeption im  
Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans NRW, Pos. 3.2.2  
2645/2013**

Frau Manderla lobt im Namen der Ausschussmitglieder dieses besonders erfreuliche Modellprojekt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Titelverleihung "NRW-Sportschule" zum Schuljahr 2014/2015  
2682/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Interkulturelles Maßnahmenprogramm (4241/2012) - weiteres Verfahren  
2907/2013**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hofft, dass bald die Vorschläge für die Sekundarstufen I und II nachgeliefert werden.

Frau Dr. Klein verweist darauf, dass die RAA nun im Kommunalen Integrationszentrum aufgenommen ist und an dieser Stelle die Arbeit als Interkulturelles Referat schon bald fortsetzen kann.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Neue Leitung der Rheinischen Musikschule  
2995/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen (siehe auch die Ausführungen zu Beginn von TOP 0.1).

**5.8 Modellprojekt für Migrantinnen und Migranten: Ankommen in Alltag und Beruf  
2937/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes in 2012  
0077/2013**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, fragt zu dieser und der nachfolgenden Mitteilung nach, dass die Summe der beantragten Module insgesamt 94.000 ergibt, wogegen die Summe aus bewilligten und abgelehnten Anträgen nur 84.000 ergibt. Er bittet um Erklärung dieser Diskrepanz.

Frau Dr. Klein sagt dazu, dass jeder Antrag, der bewilligungsfähig ist, auch bewilligt wird und somit zunächst in die Summe der beantragten Module einfließt. Wenn aber jemand einen Antrag im Vorgriff auf das nächste Jahr stellt, so muss dieser zunächst zurückgewiesen werden, ohne dass er im laufenden Jahr erscheint.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum I. Halbjahr 2013  
2343/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen (vgl. hierzu auch die Ausführungen zu TOP 5.9).

**5.11 Qualitätstestierung des Amtes für Weiterbildung  
3022/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.12 Festbetragszuschuss für das Jahr 2014 an den Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ e.V.) als Träger der Tages- und Abendschule  
3136/2013**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **5.13 Priorisierung von Schulbaumaßnahmen (Neu-, Erweiterungs- und Sportbauten) 3082/2013**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, sieht das Erfordernis, auch im Schulbereich zu sparen, bedauert aber, dass die Mitteilung so kurzfristig als Tischvorlage vorgelegt wird. Er hätte sich gewünscht, diese intensiver diskutieren zu können.

Frau Dr. Klein hat nichts einzuwenden, dass diese Mitteilung bei Besprechungsbedarf zurückgestellt und in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Mitteilung zeige Wege auf, wie man auch in Zeiten knapper Kassen den Schulbau weiter voranbringen kann. Es gibt in Köln einen wachsenden Bedarf an Schulraum. Es geht nicht um Sparen, sondern um den Umgang mit steigenden Kosten, sodass man mit dieser Vorlage als Produkt einer langen Abstimmung mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, dem Amt für Schulentwicklung und der Kämmerei eine inhaltliche Priorisierung versucht hat, die gerne in der folgenden Sitzung noch diskutiert werden kann.

Herr Brust, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bemängelt, dass auf Seite 3 erwähnt wird, dass noch detaillierte Prüfungen zu den Standards nötig sind und bittet um Auskunft, wann mit Vorschlägen der Verwaltung zur Reduzierung der Standards zu rechnen ist. Zudem geht er davon aus, dass man an Stelle einer Mitteilung, die man nur zur Kenntnis nehmen könne, eine Vorlage mit einem Recht zur Entscheidung vorlegen müsse. Außerdem fehlen ihm im Zusammenhang mit der Priorisierung 2 Alternativen, nämlich die gemeinsame Nutzung von Räumen durch zwei Schulen als Sparvorschlag und eine Gesamtschau zur Optimierung als Alternative zur Schulerweiterung nach einer vorgegebenen Raumliste.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Standards derzeit noch von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln überarbeitet werden. Mögliche Doppelnutzungen von mehreren Schulen werden an jedem Standort geprüft, bevor man Investitionen tätigt, aber wegen der steigenden Schülerzahlen sind im Bestand kaum Optimierungsflächen auffindbar. Auch die Optimierung im Raumbestand ist selbstverständlich. So werden zum Teil nicht mehr benötigte Hausmeisterwohnungen umgebaut zu Klassen- und Gruppenräumen. Gleichzeitig können aber nicht alle Wünsche der Schulen berücksichtigt werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt es, dass in der folgenden Sitzung erneut Raum zur Diskussion der Mitteilung gegeben wird, hat aber auch zwei Fragen dazu:

1. Was bedeutet es, wenn auf Seite 3 gesagt wird „bei Generalinstandsetzungen erfolgt keine ganzheitliche Betrachtung im Blick auf die Schulbauleitlinien“?
2. Was heißt (auf Seite 4) „aktualisierte quantitative Bedarfsplanung“?

Frau Dr. Klein legt zu Frage 1 dar, dass bei Generalinstandsetzungen nicht das neue, erweiterte Raumprogramm für die Planung zu Grunde gelegt wird, so als würde die Schule völlig neu gebaut. Das würde zu erheblichen Mehrkosten führen. Bei Generalinstandsetzungen wird nach dieser Vorgabe kein zusätzlicher Raum geschaffen. Zur zweiten Frage führt sie aus, dass derzeit die Schulentwicklungsplanung überarbeitet wird, um in einer der nächsten Sitzungen aufzeigen zu können, welche Prioritäten bezüglich der Bedarfsplanung an den verschiedenen Standorten auf der Grundlage der Kriterien von Seiten 1f. über die mittelfristige Planung hinaus gesehen werden.

## 6 Anfragen

**Herr Wirth**, sachkundiger Einwohner, stellt eine mündliche Anfrage zum **Neubau einer Ganztageserweiterung für die Johann-Bendel-Realschule** in der Danzierstraße. Der Anbau sollte ursprünglich im Passivhausstandard gebaut werden, was in der letzten Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 15.07.2013 in EnEV 2009-Standard geändert wurde. Dieser sieht keine Lüftungsanlage vor. Herr Wirth fragt dazu: Was ist geplant in Bezug auf die Lautstärke, da die Schule an einer stark befahrenen 4-spurigen Straße liegt? Ein Unterricht mit geöffneten Fenstern sei an diesem Standort kaum möglich.

Herr Kaven antwortet, dass alle Alternativen in der Vorlage der Politik deutlich dargestellt wurden. Alle geplanten Maßnahmen wurden unter der Beteiligung des Gesundheitsamtes (53) entwickelt, das die Umsetzbarkeit aller vorgelegten Varianten ausdrücklich bestätigt hat. Besondere Lärmschutzmaßnahmen sind an dieser Schule seines Wissens nicht vorgesehen. Er sagt eine Prüfung und schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Herr Wirth ergänzt, dass ein Austausch des Architekten mit der Schulleitung über solche Wünsche nicht stattgefunden hat.

Dazu erklärt Frau Dr. Klein, dass man sich in jedem Einzelfall entscheiden müsse zwischen dem, was nötig ist, und dem, was finanzierbar ist. Hier sind an einzelnen Schulstandorten Kompromisse aus der Sicht der Schulen erforderlich. Der unter TOP 5.13 vorgelegte gemeinsam mit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln entwickelte dezidierte Kriterienkatalog z.B. für den verwendeten Energiestandard zielt auf die wirtschaftlichste Lösung ab. Dieses vorgegebene Raster wird dann nicht mehr mit der Schule diskutiert. Die Kostensteigerung bei den Schulmieten müsse mit konkreten Maßnahmen gebremst werden.

Herr Wirth wendet ein, dass den Anbaukosten in Höhe von 5 Millionen Euro durch die Wahl des EnEV-Standards lediglich eine Einsparung von 80.000,- € entgegenstehe.

Auch Herr Brust, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hält es für erforderlich, dass die Schulen vor jeder Planung vom Architekten nach den Besonderheiten vor Ort befragt werden und diese dann bei der Planung zu berücksichtigen sind.

Herr Kaven wiederholt, dass 53 bei allen Vorhaben beteiligt werde und unabhängig von der wirtschaftlichen Lage die gesundheitlich erforderlichen Maßnahmen vorgebe.

**Frau Halberstadt-Kausch**, SPD-Fraktion, fragt zu **Verzögerungen beim Umbau der Schule und der Schulsporthalle der Gemeinschaftsgrundschule Am Feldrain** in Köln-Flittard:

1. Besteht dort ein Baustopp bei der Schulsporthalle und aus welchen Gründen?
2. Gibt es einen aktuellen Zeitplan, wann sowohl die Schule als auch die Schulsporthalle wieder nutzbar sind?

Herr Kaven bestätigt, dass seit längerer Zeit einzelne Firmen Schwierigkeiten bei der Bauausführung haben. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu, die darauf eingehen wird, ob ein VOB-konformer Austausch der Firmen möglich ist und wann ein aktueller Bauzeitenplan vorgelegt werden kann.

**Herr van Benthem**, CDU-Fraktion, fragt zum **Brandschaden im Stadtgymnasium Porz**: Die Versicherung der Stadt hat einen Naturalersatz für den entstandenen Schaden angeboten. Der Verwaltungstrakt war von dem Brand besonders betroffen und das Lehrerzimmer steht seither nicht zur Verfügung. Gibt es eine Möglichkeit, die Schadensregulierung zu beschleunigen?

Herr Kaven bestätigt, dass der Naturalersatz der Versicherung nach einem Brandschaden bedeutet, dass sowohl die Architektenleistung als auch der Wiederaufbau vom Generalversicherer direkt beauftragt wird. Die kritischen Aussagen des Schulleiters im Radio zu dieser Angelegenheit beruhen aber seiner Meinung nach auf Informations- und Kommunikationsdefiziten: Dass eine Zeit lang auf der Baustelle nicht viel passierte, lag daran, dass bei der Einbringung der neuen Decke die anderen Gewerke nicht parallel arbeiten konnten. Eine Bauverzögerung im eigentlichen Sinne gibt es hier nicht, es hatte lediglich den Anschein, weil nur ein Gewerk stattfinden konnte. Der aktuelle Bauzeitenplan wurde nach dem Radiointerview mit Herrn Dr. Bell nochmals abgestimmt und ihm ausgehändigt. Danach wird die Baumaßnahme Ende Januar 2014 fertig gestellt. Die Schulleitung wurde zu den regelmäßig stattfindenden Baubesprechungen eingeladen, um sich dort aktuell zu informieren.

**Herr Pannes**, sachkundiger Einwohner, bezieht sich auf eine seit Juli gültige Verwaltungsvorschrift, die vorschreibt, dass von Realschulen und Gymnasien abgeschulte Schüler/innen von Gesamtschulen aufzunehmen sind. Seiner Meinung nach sah der Koalitionsvertrag der Landesregierung vor, dass keine **Abschulungen** mehr stattfinden sollten. Von einer „Kultur des Behaltens“ sei in der neuen Vorschrift keine Rede mehr. Er bittet vor diesem Hintergrund um Mitteilung, wie viele Schüler/innen im vergangenen Schuljahr von Kölner Realschulen und Gymnasien abgeschult wurden und wo diese aufgenommen wurden.

Frau Dr. Klein weist eine Beantwortung dieser Anfrage zurück, weil die Stadt Köln als Schulträger an dieser Landesregelung nicht beteiligt ist und die geforderten Zahlen einzeln bei den Kölner Schulen abgefragt werden müssten, wozu keine personellen Ressourcen vorhanden sind.

**Frau Kessing**, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), nimmt Bezug auf **Bauverzögerungen an der Gesamtschule Nippes** und möchte wissen, wie die notwendigen Zwischenlösungen aussehen.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass dieses Projekt von Anfang an auch hinsichtlich der Terminierung sehr ehrgeizig war. Man habe zusammen mit der Gebäudewirtschaft einen Plan entwickelt, der am folgenden Montag zunächst der Schule und den Eltern vorgestellt werden soll, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht. Sie bittet für diese Vorgehensweise um Verständnis.

**Herr Dr. Zimmermann**, sachkundiger Einwohner, hat einerseits Verständnis dafür, dass nicht alle Wünsche von Schulen erfüllbar sind. Andererseits seien die Anwendung niedrigerer Standards und das Planen ohne **Beteiligung der Schulen** nicht vertretbar. Ein intensives Gespräch mit den Schulleitungen führe oft auch zu Kostenminimierung. Er könne zahlreiche Fälle von unnötigen Ausgaben schildern, weil man bei der Planung nicht die Einwände der Schulen für einen sinnvolleren Einsatz der Mittel berücksichtigt hat.

Frau Heuer kann nicht ausschließen, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, doch sei das intensive gemeinsame Gespräch mit den Schulen insbesondere über die Reduzierung von Standards mittlerweile eine Grundlage des Verwaltungshandelns. Sie bestätigt, dass gemeinsam mit den Schulen erhebliche Beträge eingespart werden konnten, indem Vorschläge für eine sinnvollere Nutzung berücksichtigt wurden. Sie wirbt um Verständnis dafür, dass bei einem Dissens die im Gemeinwohl begründete Entscheidung der Verwaltung ab einem bestimmten Punkt auch gegen die Einzelwünsche von Schulen umgesetzt werden muss, um Stillstand zu vermeiden.

**Herr Philippi**, SPD-Fraktion, bittet um Aufklärung über die Hintergründe des **Einsatzes von Polizei und Feuerwehr** im Laufe des Tages **am**

**Genovevagymnasium.** 40 Personen seien noch in Behandlung. Im Radio sei über einen Straftatbestand als Hintergrund spekuliert worden.

Frau Heuer erklärt, dass es sich um heftige körperliche Reaktionen nach der Benutzung von Pfefferspray handelte, doch sei alles unter Kontrolle und die Verletzten würden gut versorgt.

## 7      **Verschiedenes**

---

gez. Manderla, 10.10.2013

Vorsitzende

---

gez. Bernecker, 10.10.2013

Schriftführer